

WEIMARS WIRKUNG

*Das Nachleben der
ersten deutschen Republik*

Herausgegeben von
Hanno Hochmuth,
Martin Sabrow und
Tilmann Siebeneichner



Wallstern

Weimars Wirkung

GESCHICHTE DER GEGENWART

Herausgegeben von
Frank Bösch und Martin Sabrow

Band 23

Weimars Wirkung

Das Nachleben
der ersten deutschen Republik

Herausgegeben von
Hanno Hochmuth, Martin Sabrow
und Tilmann Siebeneichner



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2020
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf
Umschlagfoto: Verkehrsturm am Potsdamer Platz, 1925, Copyright: bpk.

ISBN (Print) 978-3-8353-3781-7
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4532-4

Inhalt

Vorwort	7
-------------------	---

MARTIN SABROW

Die vergessene Republik. Zum Ort der Weimarer Demokratie in der deutschen Zeitgeschichte	9
---	---

Republikgeschichte

TILMANN SIEBENEICHNER

Ausnahmезustand und politische Gewalt. Der lange Schatten des »latenten Bürgerkrieges« von Weimar	31
--	----

CLAUDIA WEBER

»Mit den Deutschen müsste es vorangehen«. Die Luftfahrtgesellschaft DERULUFT und die Kontinuität der deutsch-sowjetischen Beziehungen	48
---	----

ANDREAS NACHAMA

Die NSDAP in der Weimarer Republik als moderne Volkspartei	64
--	----

MICHAEL WILDT

Umstrittene »Volksgemeinschaft«. Ein politischer Schlüsselbegriff zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus	78
--	----

STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM

Vom Wort zur Tat. Das Erbe des Weimarer Antisemitismus	92
--	----

Wirkungsgeschichte

HANNO HOCHMUTH

Mythos Babylon Berlin. Weimar in der Populärkultur	III
--	-----

ANNETTE VOWINCKEL

Weimars visuelles Erbe	126
----------------------------------	-----

INHALT

HENRIK BISPINCK Macht Weimar Schule? Schulreform und Reformpädagogik im geteilten Deutschland nach 1945 <	146
GERD KOENEN Weimars Hypothek. Die Spaltung der Linken im 20. Jahrhundert	166
SEBASTIAN ULLRICH Stabilitätsanker und Hysterisierungsagentur. Der Weimar-Komplex in der Geschichte der Bundesrepublik	182
FRANK BÖSCH Sehnsucht nach Einheit. Weimars Erbe in der politischen Kultur der Bundesrepublik . .	197
ANDREAS WIRSCHING »Weimar«! Theorie und Praxis eines politischen Arguments . .	212
Die Autorinnen und Autoren	230

Vorwort

Weimar ist in das gesellschaftliche Gedächtnis zurückgekehrt. Jahrzehntlang wirkte die nach 1945 zunächst allgegenwärtige Erinnerung an die vierzehn Jahre zwischen Kaiserreich und NS-Herrschaft wie aus der Zeit gefallen. Die markante Verschiebung des zeithistorischen Fluchtpunkts vom nationalsozialistischen Machterwerb von 1933 zum deutschen Zivilisationsbruch des Holocaust im Zweiten Weltkrieg hatte das Interesse an der kurzen Geschichte der ersten deutschen Republik seit den 1970er Jahren mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt und auch die sogenannte Sonderwegsdebatte auslaufen lassen, die den Blick auf die Vorgeschichte der NS-Zeit lange beherrscht hatte. Ebenso wenig boten die glückliche Überwindung der SED-Herrschaft und der staatlichen Teilung Deutschlands Anlass, mit besonderer Intensität auf die vierzehn Jahre zurückzublicken, in denen der erste Versuch einer republikanischen Staatsgründung um sein Überleben kämpfte und verlor.

Dass der eben noch geläufige Befund einer vergessenen Weimarer Republik sich binnen kurzem in sein Gegenteil verkehrte, verdankt sich einer Zufallskonstellation, nämlich dem Zusammentreffen des 100-jährigen Jubiläums der Weimarer Staatsgründung mit der unvermuteten Bedrohung des demokratischen Konsenses durch den anschwellenden Rechtspopulismus im Gefolge der europäischen Flüchtlingskrise 2015/16. Mit einem Mal stand die in die bekannte, aus den 1950er Jahren stammende Formel »Bonn ist nicht Weimar« gekleidete Selbstgewissheit in Frage, ob die 1949 begründete und 1990 erweiterte demokratische Verfassung der deutschen Gesellschaft wirklich so stabil sei, wie sie sich über Jahrzehnte hinweg gewöhnt hatte. Hinter der Frage nach der Legitimität und Tragfähigkeit des Weimar-Vergleichs aber verharret die Frage nach Weimars Wirkungen im Hintergrund. Welche Bedeutung kommt der ersten deutschen Republik im frühen 21. Jahrhundert noch zu? Wo ist ihr Ort in einem vielfach von politischen Extremen wie dem Nationalsozialismus und Staatssozialismus geprägten 20. Jahrhundert, und welche Erkenntnis ist aus der Beschäftigung mit ihrer Geschichte angesichts breiter gegenwärtiger Verunsicherungen und gesellschaftlicher Spaltungsprozesse zu gewinnen?

Diesen Fragen widmet sich der vorliegende Band, der aus einer gleichnamigen Ringvorlesung im Wintersemester 2018/19 und Sommersemester 2019 hervorgegangen ist, die vom Lehrstuhl für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und von der

Stiftung Topographie des Terrors in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Museum und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur getragen wurde. Die Veranstaltungsreihe traf ganz offensichtlich den Nerv der Zeit und stieß auf ein so ungewöhnlich starkes Besucherinteresse, dass die Veranstalter sich entschlossen, die Vorträge in überarbeiteter Form zu publizieren.

Unser Dank gilt allen beteiligten Kooperationspartnern, an erster Stelle Andreas Nachama und Erika Bucholtz von der Stiftung Topographie des Terrors, die nicht nur wichtige Anregungen zu Form und Format beisteuerten, sondern auch die gemeinsamen Planungen und Vorbereitungen tatkräftig unterstützten. Wir danken ebenso der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die großzügige Unterstützung bei der Durchführung der Ringvorlesung und bei der Drucklegung dieses Bandes. Dem Deutschen Historischen Museum gilt unser Dank dafür, dass mehre Vorträge im Zeughauskino stattfinden und wegen des großen Besucherandrangs zum Teil sogar wiederholt werden konnten. Wir danken allen Beiträgerinnen und Beiträgern für ihre Bereitschaft, sich an diesem Band zu beteiligen und ihre Vorträge für diesen Band verschriftlicht zu haben. Unser Dank gilt ferner allen Kolleginnen und Kollegen, die für einen reibungslosen Ablauf der Ringvorlesung gesorgt haben, namentlich vor allem Anna Kokenge, Heike Hoffmann und Chris Vogelsänger. Für die Betreuung der Publikation danken wir Katja Stopka, Josephine Eckert und Paula Fredrich am ZZF und Hajo Gevers beim Wallstein Verlag. Sie haben es möglich gemacht, dass die Beiträge bereits ein Jahr nach der Ringvorlesung veröffentlicht werden können. Wir hoffen, dass die neue Debatte zur Weimarer Republik damit weitere Anstöße erhält.

Berlin, im Juli 2020

Hanno Hochmuth
 Martin Sabrow
 Tilmann Siebeneichner

Die vergessene Republik

Zum Ort der Weimarer Demokratie
in der deutschen Zeitgeschichte

MARTIN SABROW

Was war Weimars Wirkung? Der Titel dieses Bandes zielt auf einen lange verstellten Betrachtungswinkel, der nach 1945 zunächst über die Geschichtswissenschaft hinaus den öffentlichen Blick der zweiten deutschen Republik von Bonn auf die Weimarer Jahre bestimmt hatte – und dann mit dem wachsenden Zeitabstand und dem Verstummen der Zeitzeugen noch in der Spätphase des geteilten Deutschland und erst recht nach 1989 allmählich in Vergessenheit geriet.

In der DDR fassten Politik und Geschichtswissenschaft die Weimarer Jahre von Anfang bis Ende als historischen Irrtum auf, der lediglich wertvolle Erkenntnisse für ein besseres nächstes Mal geboten habe. In der Bundesrepublik wiederum erschien die kurze Fieberperiode zwischen Kaiserreich und Hitler-Zeit als geschichtsdidaktisches Schauspiel. »Tatsächlich brauchte die Bundesrepublik lange Zeit eine Art Negativfolie, um sich ihrer demokratischen Stabilität zu versichern. Weimar war ein paradigmatisches Lehrstück für Machtverlust und Selbstaufgabe der Demokratie«, schrieb Andreas Wirsching vor wenigen Jahren in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.¹ Welche Chancen die Weimarer Republik verpasst hatte, welche Lehren aus ihrem Scheitern zu ziehen waren, solcher Art waren die Fragen, die sich von bundesdeutscher Warte an das vierzehnjährige Zwischenspiel der Demokratie richteten und in die titelgebende Formel eines 1956 erschienenen Buchs von Fritz René Allemann mündeten: »Bonn ist nicht Weimar«.²

Mit wachsendem Abstand und besonders mit dem Auslaufen der Sonderwegsdebatte in den 1980er Jahren hat die Frage nach den verpassten Chancen der Weimarer Republik und den bis heute nachwirkenden Defiziten jedoch ihre Bedeutung verloren. Parallel dazu verlagerte sich der Fokus der zeitgenössischen Vergangenheitsvergegenwärtigung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts weg von den Gründen des nationalsozialistischen Aufstiegs zur Macht hin zu den Ursachen des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs, also weg von

1 Andreas Wirsching: Weimarer Verhältnisse? Appell an die Vernunft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.4.2017.

2 Fritz René Allemann: Bonn ist nicht Weimar, Köln 1956.

1933 und hin zum Holocaust. Dreißig Jahre lang wirkte die Weimarer Republik wie aus der Zeitgeschichte herausgefallen, obwohl ihre vierzehnjährige Existenz doch zusammen mit der kurzlebigen Hoffnung der 1848er-Bewegung den Kern der republikanischen Tradition der Bundesrepublik ausmacht.

Um dieses Vergessen soll es im Folgenden gehen, wobei am Anfang eine präzisierende Einschränkung stehen muss. Wie immer die Republik in den Schatten unseres Gedächtnisses gewandert sein mag; die Weimarer Kunst und Kultur sind es nicht. Das literarische Leben Weimars steht uns näher als das der frühen Bundesrepublik. Die Trümmer- und Heimkehrliteratur mit Wolfgang Borcherts »Draußen vor der Tür«, Wolfgang Koeppens »Tauben im Gras« oder Heinrich Bölls »Billard um halb zehn« stehen uns undeutlicher vor Augen als die vibrierende Auseinandersetzung mit der Moderne in Alfred Döblins »Berlin Alexanderplatz«, Bertolt Brechts »Dreigroschenoper« oder Hermann Hesses »Steppenwolf«. Was Weimar war, ist uns bis heute nah in der künstlerischen Ausdruckskraft der Goldenen Zwanziger mit ihrer Spannweite von Impressionismus bis Dada, im künstlerischen Schaffen von Wassily Kandinsky und Paul Klee, von Max Beckmann und George Grosz und Otto Dix, und ebenso im Theater von Erwin Piscator und Max Reinhardt, im Bauen der Neuen Sachlichkeit. Max Schmeling im Boxring, die *Comedian Harmonists* auf der Bühne und Marlene Dietrich als Lola in »Der Blaue Engel« haben ihren Platz im Gedächtnis unserer Zeit unverändert bewahrt, und sie strafen die These der vergessenen Jahre nach 1918 Lügen.

Dies gilt jedoch nur für die kulturelle Auseinandersetzung mit der Moderne, die die Epochengrenzen überspringt und die Weimarer Jahre zur bloßen Etappe eines säkularen Geschehens reduziert. Die politische Geschichte der Weimarer Republik, ihr Selbstverständnis und ihre innere Verfassung waren lange Zeit zu ferner Vergangenheit herabgesunken, und insbesondere ihre zukunftsweisenden Errungenschaften wurden ihr nur noch undeutlich zugerechnet. Dass sie, kaum ausgerufen, noch in den Tagen der Novemberrevolution eine wegweisende Tarifpartnerschaft begründete und unter Finanzminister Matthias Erzberger die umfangreichste Reform der deutschen Finanzgeschichte zuwege brachte, auf der die deutsche Steuergesetzgebung noch heute fußt; dass sie mit der deutsch-französischen Verständigung und mit der Ausbildung des Europagedankens supranationale Handlungsräume schuf, die noch unser heutiges Denken bestimmen; dass die Weimarer Verfassung mit der Kodifizierung von Grundrechten den Grundstein des Selbstverständnisses der Bundesrepublik legte; dass schließlich in den Weimarer Jahren eine demokratische Gedenkkultur entstand, deren Echo noch in der heutigen

Gestaltung der Neuen Wache zu hören ist, all das war und ist teils bis heute im öffentlichen Geschichtsbewusstsein kaum präsent.

Das zeithistorische Interesse in Deutschland richtet sich auf die Aufarbeitung der Diktaturvergangenheit, nicht aber auf die Selbstbehauptungskämpfe der ersten deutschen Demokratie: Wie wenig die Versailler Friedensverhandlungen 1918 bloßes Siegerdiktat waren, wie nah das Attentat auf Walther Rathenau 1922 das Land an den Rand des Bürgerkriegs, aber auch zu einer historisch unerhörten und sich nie wiederholenden Aktionseinheit der drei Arbeiterparteien führte, wie sehr 1924 der Barmat-Skandal und 1929 der Sklarek-Skandal die Republik um ihren Kredit brachten,³ all diese einst leidenschaftlich debattierten Vorgänge haben keine dauerhafte Historisierung erfahren, die ihnen einen festen Platz im nationalen Gedächtnis angewiesen hätte; sie sind im Sinne von Ernesto Laclau zu »leeren Signifikanten« geworden. Sie bilden eine »kulturelle Gedächtnislücke«⁴, kondensiert zu kurzen und überdies sachlich unhaltbaren Formeln, nach denen der Versailler Vertrag die Republik ruinierte, der Rathenau-Mord zuallererst antisemitisch motiviert war, das Personal der Weimarer Politik sich als korrupt und unfähig erwies, die Härte der Wirtschaftskrise durch Brüning's Sparpolitik verursacht wurde und die Weimarer Demokratie an der Unreife ihrer Bürger scheiterte. Wenig Würdigung findet die Leistung der Weimarer Koalition, die das Land nach dem verlorenen Krieg in die Friedensordnung zurückführte und das entwaffnete Millionenheer nicht nur ohne Massenarbeitslosigkeit wieder in den Wirtschaftsprozess eingliederte, sondern auch noch den Acht-Stunden-Tag, das Gewerkschaftsrecht und die Arbeitslosenversicherung gesetzlich verankerte. Ebenfalls nur noch schwach im kollektiven Gedächtnis verhaftet sind im Gegenzug auch die banalen Umständen, unter denen im März 1930 die letzte sozialdemokratisch geführte Reichsregierung aus dem Amt schied.

Die Weimarer Republik ist merkwürdig ortlos geworden. Das gilt im wörtlichen Sinne: Das Weimarer Nationaltheater, in dem die Reichsverfassung entstand, ist heute so wenig ein öffentlich etablierter Erinnerungsort wie der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin, auf dem die

3 In einem Fall desavouierte der Skandal mit Gustav Bauer, einen früheren Reichskanzler, im anderen den Berliner Oberbürgermeister Gustav Böß. Hierzu: Stephan Malinowski: Politische Skandale als Zerrspiegel der Demokratie. Die Fälle Barmat und Sklarek im Kalkül der Weimarer Rechten. Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 5, 1996, S. 46-64.

4 Verena Wirtz: »Flaggenstreit«. Zur politischen Sinnlichkeit der Weimarer Demokratie, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hg.): Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach Normalität, Stuttgart 2017, S. 51-66, hier S. 52.

Toten der Novemberrevolution bestattet wurden. Die Berliner Regierungsmeile in der Wilhelmstraße, der Alexanderplatz und die Potsdamer Straße, sie sind durch Kriegszerstörung und Neugestaltung so verändert, dass die Drehorte von »Babylon Berlin« verlegt werden mussten: nämlich die Rote Burg des Polizeipräsidiiums (an deren Stelle heute das Einkaufszentrum Alexa steht) in das Rote Rathaus; das Moka Efti von der Friedrichstraße/Ecke Leipziger Straße nach Weißensee. Manche Orte wurden gezielt getilgt, so beispielsweise die Kösliner Straße, Schauplatz des Blutmai von 1929, die in den 1950er Jahren gänzlich verändert wurde.

Ortlos ist die Weimarer Republik auch im übertragenen Sinne: Ein Lehrstuhl für die Geschichte der Weimarer Republik findet sich an keiner deutschen Hochschule. Von den 122 Beiträgen zu den von Etienne François und Hagen Schulze herausgegebenen Deutschen Erinnerungsorten streifen nur wenige überhaupt die Weimarer Jahre, und nur zwei adressieren sie unmittelbar, nämlich »Rapallo« und »Bauhaus«. Wir lesen die Geschichte der Republik nicht von ihren hoffnungsvollen Anfängen her als Entwicklungsroman oder im Sinne Hayden Whites als Romanze, sondern von ihrem hoffnungslosen Scheitern her als Verfallsgeschichte oder Tragödie, und was wir von ihr erinnern, sind die Etappen des Niedergangs: die Gewaltausbrüche der Novemberrevolution und des »latenten Bürgerkrieges«, die Last des Versailler Vertrags, die Schwäche der Demokratie im Kampf gegen die früh losbrechende »Welle von rechts« (Ernst Troeltsch), die politische Freund-Feind-Kultur und den unaufhaltsamen Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung. Im bundesdeutschen Traditionshaushalt ist nicht die aufsteigende, sondern nur die absteigende Weimarer Republik einsortiert, und ihre Fluchtpunkte sind der Tag der nationalsozialistischen Machtübernahme am 30. Januar 1933 und der »Tag von Potsdam« am 21. März 1933, aber nicht der Tag der Republikproklamation am 9. November 1918 und schon gar nicht der 11. August 1919, an dem Reichspräsident Ebert die Weimarer Reichsverfassung in Kraft setzte.

Wie weit die erste deutsche Republik aus dem öffentlichen Gedächtnis geschwunden ist, illustriert der öffentliche Umgang mit dem Mann, der zwischen 1920 und 1932 als Preussischer Ministerpräsident das Bollwerk der Demokratie bildete. Er hieß Otto Braun, aber selbst in der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin, also im Kerngebiet des aufgelösten Freistaates Preußen, mussten sechzig Jahre und drei Systemwechsel vergehen, bis nach ihm überhaupt einmal eine Straße benannt wurde; die Erinnerung an das personifizierte Bollwerk der Demokratie vor 1933 beschränkt sich in Berlin ansonsten auf eine kleine Gedenkstätte in Berlin-Zehlendorf und einen Saalnamen in der Staatsbibliothek, während in Potsdam immerhin seit 2013 der Platz vor dem neuen Landtag nach Otto

Braun benannt wurde. Die Erinnerung an Otto Braun wird dadurch getrübt, dass er sich nach seiner Absetzung durch die von Papen geführte Reichsregierung am 20. Juli 1933 kraftlos in das Exil nach Ascona rettete, aber seine Auslöschung aus dem kollektiven Gedächtnis erklärt es nicht. Geschwunden ist genauso die Erinnerung an stärkere Verteidiger der Republik wie die preußischen Innenminister Albert Grzesinski und Carl Severing, den seinerzeit berühmten Beziehungsnetzwerker und Schöpfer des »Systems Severing«.⁵ Selbst von dem Kampf, den der Berliner Polizeipräsident Bernhard Weiß gegen die nationalsozialistische Bewegung führte, blieben allenfalls die Schmähungen im öffentlichen Gedächtnis, mit denen ihn Goebbels überzog.

Es ist Zeit, unseren Betrachtungswinkel auf Weimar neu zu justieren und durch eine »entschiedene Historisierung«, wie sie die jüngere Forschung fordert, neben der schwächlich scheiternden auch die sich siegreich etablierende Republik genauer in den Blick zu nehmen und in ihrer Wechselbeziehung zu bestimmen.⁶ Während die in diesem Band versammelten Beiträge sich der Frage widmen, was das Bleibende an den Weimarer Jahren war und was sie mit der Zeit nach 1945 verbindet, steht im Zentrum dieser Einleitung hingegen die Frage nach den Gründen, die dazu führten, dass die erste deutsche Republik so stark aus dem öffentlichen Gedächtnis ausgeblendet werden konnte – und warum sie jetzt plötzlich mit medialer Macht wiederkehrt. Was machte die Weimarer Republik so lange vergessen, und was brachte ihre Geschichte wieder in die Erinnerung zurück?

1. Der umstrittene Anfang

Eine wesentliche Erklärung liefert die besondere Begründung der Republik. An ihrem Beginn stand eine verschämte Revolution, die keine Glorifizierung erfuhr und keine Aufnahme in den Ruhmestempel der deutschen Demokratiegeschichte fand, sondern eine Umwälzung ohne Anhänger blieb, eine »Revolution, die niemand wollte«.⁷ Schon ihr

5 Zu Severing zuletzt: Volker Köhler: Bürokratie, Politik und Klienten. Carl Severing als Patron und Parteigenosse, in: Braune/Dreyer (Hg.): Republikanischer Alltag, S. 119-134.

6 Franka Maubach: Weimar (nicht) vom Ende her denken. Ein skeptischer Ausblick auf das Gründungsjubiläum 2019, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-20/2018, S. 4-9, hier S. 4.

7 Andreas Wirsching: Die paradoxe Revolution 1918/19, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50-51/2008, S. 7-12, hier S. 11.

Ausbruch vollzog sich in einem gesellschaftlichen Klima, das stärker von der Angst vor Bedrohung als von der Hoffnung auf Neuanfang geprägt war. Die Matrosen, die vom 30. Oktober 1918 an erst in Wilhelmshaven und dann in Kiel den Befehl zum Auslaufen der Flotte verweigerten und das Feuer aus den Schiffskesseln herausrissen, wollten ihren »ehrenvollen Untergang« verhindern. Die streikenden Massen, die am Vormittag des 9. November in riesigen Demonstrationen auf die Mitte Berlins zumarschierten, stürmten auf ihrem Weg die Kasernen und das Polizeipräsidium, weil sie fürchteten, zusammengeschossen zu werden. Und sie verlangten vor Reichstag und Stadtschloss nach ihren Führern, um sicherzugehen, dass von den alten Gewalten keine Gefahr mehr ausgehen könne. Die Zugfahrten schließlich, auf denen die sozialdemokratischen Protagonisten in den Tagen der revolutionären Auflösung der alten Ordnung aus ihren Heimatorten ihren politischen Wirkungsstätten entgegenliefen, hatten nichts von dem revolutionären Feuer, das Lenin im Jahr zuvor von Zürich nach Petrograd begleitete, sondern atmeten den Geist einer widerstrebend übernommenen Verantwortung.

Einer Aufforderung seines Parteivorsitzenden Philipp Scheidemann folgend, langte am 4. November 1918 der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Militärpolitiker Gustav Noske, von Berlin kommend, in Kiel an, erschöpft vom Streit um eine nicht korrekt gelöste Fahrkarte und voller Sorge, »daß die Lage sich gefährlich gestaltet hatte«. ⁸ Zwei Tage später sperrte sich sein Fraktionskollege Hermann Müller zunächst dagegen, von Scheidemann zur Unterstützung Noskes ebenfalls nach Kiel beordert zu werden, weil ihm »die Zeit für den 1-Uhr-Mittagszug zu knapp zu sein schien«, und er die Aufgabe zu beschwerlich fand: »Ohne mich mit dem nötigen Kleingepäck versehen zu haben, wollte ich nicht abfahren, da ich in Berücksichtigung der gährenden [sic!] Zeit nicht wußte, wie lange mein Kieler Aufenthalt dauern würde.« ⁹ Als er die Reise dann doch unternahm und unterwegs in Hamburg strandete, drangen widersprüchliche Eindrücke auf ihn ein: »Nach dem, was ich am Abend hörte, war zu befürchten, dass in Hamburg die Wellen der Revolution weiter nach links schlagen würden, als das mit der Lage Deutschlands verträglich war«, registrierte Müller besorgt, um sich bei näherem Augenschein wieder zu beruhigen: »Die Ordnung wurde durch Soldaten, die die rote Binde kenntlich machte, aufrechterhalten.« ¹⁰ Im selben Sinne argumentierte auch der Diplomat und Ästhet Harry Graf Kessler, der im

8 Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 10.

9 Hermann Müller: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 27.

10 Ebd., S. 31 f.

Auftrag der Regierung Max von Badens am 7. November in Magdeburg eintraf, um den dort inhaftierten polnischen Nationalrevolutionär Józef Piłsudski nach Berlin zu geleiten. Dem lokalen Stadtkommandanten riet er, »die Truppen möglichst wenig vorzuschicken, da sie die Bevölkerung irritierten, und nicht einmal kämpfen würden; besser sei, die Ordnung wenn möglich durch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Organisation aufrecht zu erhalten.«¹¹

Das hier aufscheinende Rezeptionsmuster der Handelnden auf sozialdemokratischer Seite folgt nicht dem Topos der revolutionären Entscheidungssituation, sondern dem der bedrohten Ordnung. Es wurde auch im bürgerlichen Lager geteilt. »Bis auf das Geschrei und das schreckhafte Aussehen und Rattern der Autos, die terroristisch rot bewimpelt von Gewehren wie Borstentiere starteten, war Alles auffallend ruhig und ordentlich, eine Demonstration, kein Aufstand«, schrieb Kessler am 12. November erleichtert einem Vertrauten¹² und erläuterte, warum man diese Revolution durchaus gutheißen könne: »Denn die Revolutionäre selbst, die Soldaten und Matrosen, wollten Ruhe und Ordnung. Im Allgemeinen verläuft daher Alles erstaunlich ordentlich.«¹³

In seinen Worten schimmert bereits das perhorreszierte Gegenbild in Gestalt des bolschewistischen Chaos durch, das als Gegensatzpaar von Ordnung und Chaos die vorherrschende Sicht auf die Novemberereignisse bis zum Ende der Weimarer Republik und dann wieder der frühen Bundesrepublik prägen sollte. Nicht als Mirabeau oder Danton präsentierten die Protagonisten der Revolution sich ihren Zeitgenossen, sondern als Getriebene, die ihr revolutionäres Amt nicht im Auftrag einer Idee versahen, sondern allein aus staatsbürgerlicher Verantwortung und um Schlimmeres zu verhüten. Auch rückblickend glaubten die Führer der Mehrheitssozialdemokratie ihr Handeln in den Novembertagen 1918 öffentlich nur legitimieren zu können, indem sie ihm den revolutionären Gehalt absprachen und die Verantwortung für die Wiederherstellung der Ordnung unterstrichen. »Die Revolution war unvermeidbar geworden«, schrieb Hermann Müller, der zwischenzeitlich zum Reichskanzler aufgestiegen war und dieses Amt kurz darauf abermals übernehmen sollte, zum zehnten Jahrestag der Novemberrevolution in seinen Erinnerungen, um die Sozialdemokratie vom Odium der Umsturzpolitik zu entlasten, und verteidigte Scheidemanns Republikausrufung mit dem defensiven

11 Harry Graf Kessler an Fritz von Schöler, 12.11.1918, in: Ders., *Krieg und Zusammenbruch*. Aus Feldpostbriefen 1914-18, Weimar 1921, S. 16-130, hier S. 117.

12 Ebd., S. 126.

13 Ebd., S. 129.

Argument, dass sie »nur die Proklamierung eines staatsrechtlichen Zustandes [war], der tatsächlich bereits eingetreten war«¹⁴.

Unter dem Paradigma der unabweisbaren Verantwortung konnte das Bild der Novemberrevolution keine Identifikationskraft gewinnen. Je nach Betrachtungswinkel erschien die Novemberrevolution auf diese Weise schon vor 1933 und wieder nach 1945 als überflüssige Herausforderung einer längst auf Parlamentarisierung gerichteten Reichspolitik¹⁵ oder in der Zuspitzung Arthur Rosenbergs als bloßes Missverständnis der sozialdemokratischen Massen, die gegen die eigene Regierung revoltierten.¹⁶ »Es bedurfte gar nicht erst der Revolution, um eine Nationalversammlung notwendig zu machen«, kommentierte die *Vossische Zeitung* am 19. Januar 1919 die Wahl zur Nationalversammlung.¹⁷ In beiden Fällen aber galt sie als ein Kampf zwischen Ordnung und Chaos, dessen Etappen mit Eberts Entgegennahme der Kanzlerschaft am 9. November, mit der Niederschlagung des sogenannten Spartakusaufstandes sowie der Wahl zur Nationalversammlung im Januar und der anschließenden gewaltsamen Zurückdrängung der Rätebewegung bezeichnet sind. Eine überflüssige Revolution aber, deren größtes Verdienst darin bestand, rasch wieder in geordnete Verhältnisse überführt worden zu sein, konnte weder engagierten Umsturzverteidigern noch kompromissbereiten Verunftrepublikanern als Traditionsfundament dienen – der zehnte Jahrestag der Novemberrevolution 1928 zeitigte auch unter Demokraten nur schwachen bis beschämten Nachhall.

Die Gegenerzählung der Novemberrevolution setzt der Kategorie der Verantwortung das Stigma des verantwortungslosen Verrats entgegen.

14 Müller: Novemberrevolution, Berlin 1928, S. 22 u. 54.

15 Dass in den Novembertagen der gärenden Unruhe auch die kaisertreue Presse des konservativen Bürgertums die bedrohte Ordnung zu retten beschwor, nimmt nicht wunder: »Wir halten es für notwendig, ungesäumt überall in Stadt und Land zur Einrichtung von Bürgerwehren zu schreiten, die den amtlichen Sicherheitsorganen in der Aufrechterhaltung der Ordnung zur Seite stehen. Unter Bürgern sind dabei selbstverständlich alle ordnungsliebenden Elemente in Stadt und Land zu verstehen, der Handarbeiter, der in Ruhe und Frieden seinem Berufe nachgehen will, und der an der Ordnung ja durchaus in gleichem Maße interessiert ist wie andere Bevölkerungsklassen, genau so gut wie der eigentliche Bürger oder Bauer.« Die bolschewistische Gefahr, in: Deutsche Tageszeitung, 6.11.1918, Morgenausgabe.

16 »Die SPD machte in Wirklichkeit Revolution gegen sich selbst: Sozialdemokratische und von Sozialdemokraten geführte Massen zerrissen eine gesetzliche Ordnung, an deren Spitze eine von der SPD beherrschte Regierung stand.« Arthur Rosenberg: Entstehung der Weimarer Republik, hg. u. eingeleitet von Kurt Kersten, Frankfurt a. M. 1961, S. 239.

17 Georg Bernhard: Der produktive Stimmzettel. Eine Betrachtung zur Wahl, in: *Vossische Zeitung*, 19.1.1919.

Die überraschende »Umwälzung in Deutschland« kommentierte die *Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung)* schon am 9. November 1918 in ihrer Abend-Ausgabe mit Worten der noch tastenden Schuldsuche, die unter dem Eindruck der Ereignisse immerhin noch auf Fahrlässigkeit statt auf Vorsatz plädierte: »Der Bolschewismus fußt weiter in Deutschland. Es hat den Anschein, als wenn wir die tiefste Tiefe unseres politischen Niederganges noch nicht erreicht hätten. Die revolutionären Umwälzungen, die in Kiel ihren Anfang nahmen, haben nicht nur militärischen Charakter, indem die Soldaten die Disziplingewalt der Offiziere außer Dienst abgeschafft wissen wollen, sondern die unverständliche Kopfflosigkeit der bisherigen Regierungsgewalten bei dem Eintritt der neuen Ereignisse hat auch zur Folge, daß die Bewegung immer mehr einen politischen Anstrich erhält.¹⁸

Die im November 1919 vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Reichstags durch Hindenburg und Ludendorff zu Protokoll gegebenen Dolchstoßlegende¹⁹ verschaffte dem Verratstopos sein populäres Narrativ. Im Dunstkreis dieses Denkmusters bewegte sich fortan nicht nur die republikfeindliche Publizistik, sondern auch die militante Handlungsbereitschaft des Freikorpsführers Hermann Ehrhardt²⁰ oder die des völkischen Agitators Adolf Hitler, der im Pasewalker Lazarett seine anfängliche Hoffnung verlor, »daß es sich bei dem Landesverrat nur um eine mehr oder minder örtliche Sache handeln konnte«, und sich zunächst nicht vorstellen konnte, »daß auch in München der Wahnsinn ausbrechen würde«, weil ihm die »Treue zum ehrwürdigen Hause

18 Die Umwälzung in Deutschland, in: *Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung)*, 9.11.1918, Abend-Ausgabe.

19 »Die Heimat hat uns von diesem Augenblick an nicht mehr gestützt. [...] Seit dieser Zeit setzte auch die heimliche Zersetzung von Heer und Flotte ein. [...] Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Einwirkung fernhielten, hatten unter der Einwirkung der revolutionären Kameraden schwer zu leiden. [...] Unsere Forderung, strenge Zucht und strenge Handhabung der Gesetze durchzuführen, wurden nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mißlingen, so mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. Ein englischer General sagt mit Recht: die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises.« Hindenburgs Aussage vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages. 18.11.1919, in: *Vossische Zeitung*, 18.11.1919, Abend-Ausgabe.

20 »Die Revolution vom 9. November, die, soweit auch die Geschichte in klare Fernen zeigt, vernunftloseste, frivolste, verbrecherischste, die je an einem Volk in Lebensnot begangen, zeitigt nun ihre Früchte.« Hermann Ehrhardt: *Deutschlands Zukunft. Aufgaben und Ziele*, München 1921, S. 9.

Wittelsbach [...] denn doch fester zu sein (schien) als der Wille einiger Juden«. ²¹

Nicht den Verrat *der* Revolution, sondern den Verrat *an der* Revolution wiederum geißelte die KPD in ihrer unversöhnlichen Abgrenzung von der Sozialdemokratie, über die ihr ZK 1930 apodiktisch befand: »Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.« ²² In diesem Sinne erklärte der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann das Fehlen einer kommunistischen Partei zum eigentlichem Grund der am Verrat der SPD gescheiterten Revolution.

Um die Pole von Verantwortung und Verrat organisierte sich der Diskurs um die Novemberrevolution auch nach 1945 wieder. Nun folgte er allerdings nicht mehr der Konkurrenz der drei Großordnungen der ersten Jahrhunderthälfte, sondern zunächst den Frontlinien des Kalten Krieges, in dem die beiden übrig gebliebenen Gesellschaftsmodelle ihre Kräfte maßen. Verrat war der ostdeutschen Parteigeschichtsschreibung der Verlauf der Revolution von ihrem ersten Tag, und auf ihm gründete die SED ihr autoritäres Herrschaftsmodell, wie der stellvertretende Volkskammerpräsident Hermann Matern 1958 im *Neuen Deutschland* ausführte: »Die fehlende Einheit der deutschen Arbeiterbewegung führte im November 1918 und in der Folgezeit zur Schwächung der deutschen Arbeiterklasse. Die opportunistischen und revisionistischen Führer haben durch Verrat und Betrug einen wesentlichen Teil der Arbeiterklasse vom Wege des revolutionären, des einzig wirksamen Kampfes abgehalten.« ²³

Spiegelbildlich argumentierte die bundesdeutsche Geschichtsschreibung, die sich erst in den 1960er Jahren der revolutionären Entstehung der Republik intensiver zuwandte. So wie die SED die VerratsThese der Weimarer KPD tradierte, nahm der bundesdeutsche Revolutionsdiskurs

21 »Kaiser Wilhelm II. hatte als erster deutscher Kaiser den Führern des Marxismus die Hand zur Versöhnung gereicht, ohne zu ahnen, daß Schurken keine Ehre besitzen. Während sie die kaiserliche Hand noch in der ihren hielten, suchte die andere schon nach dem Dolche.« Adolf Hitler: *Mein Kampf* [1925], 12. Auflage, München 1942, S. 222 u. 225.

22 Aus dem Programm-Entwurf der KPD von 1922 und der Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Proklamation des ZK der KPD vom 24. August 1930, in: Helmut Altrichter (Hg.): 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, URL: http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0006_kpd&object=translation&st=&cl=de [Zugriff am 6.7.2020].

23 Lehren des November 1918. Aus der Rede des Genossen Hermann Matern vor der Kommission des Nationalrats zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der Novemberrevolution, in: *Neues Deutschland*, 18.4.1958.

das Gegensatzpaar von Ordnung und Chaos wieder auf. Ihr bekanntester Sprecher wurde Karl-Dietrich Erdmann, der die Entscheidungssituation des Novembers 1918 auf die Wahl zwischen einem konkreten Entweder-Oder zuspitzte: »die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Revolution hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps«. ²⁴

Das DDR-Bild einer von heroischen Kämpfern getragenen, aber eben nicht von der Partei geführten und deswegen »ungeliebten Revolution« erfuhr mit dem politisch forcierten Wandel des Erbe- und Traditionsverständnisses manche Nuancierung, blieb aber in der Kernaussage, dass die KPD-Gründung »das wichtigste Ergebnis der Revolution 1919 gewesen« sei, über drei Jahrzehnte unverändert. ²⁵ Die Novemberrevolution hatte nur eine Nebenrolle auf der historischen Weltbühne, die ihr SED-Generalsekretär Walter Ulbricht endgültig zu ihrem fünfzigjährigen Jubiläum 1958 zuwies, um nicht der »bürgerlich-objektivistischen Theorie der Spontaneität« unliebsamen Auftrieb zu geben: »Die Novemberrevolution war eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde.« ²⁶ Ihr westliches Gegenmodell einer bedrohten Ordnung hingegen wurde in der Geschichtswissenschaft seit den frühen 1960er Jahren immer stärker in Frage gestellt und allmählich durch den Topos der »verpassten Chance« verdrängt. Eberhard Kolb zeigte 1963 in einer bahnbrechenden Studie, dass die Arbeiterräte eben kein Instrument der bolschewistischen Revolution waren, sondern überwiegend von SPD und USPD-Anhängern dominiert wurden. In der Folge und mit deutlichem Reflex auf die Revolutionsromantik der Studentenbewegung wandelte sich die tradierte Vorstellung der aus politischer Verantwortung eingedämmten Revolution in das Bild der »steckengebliebenen« oder gar »verratenen Revolution«, die die Potenziale des demokratischen Aufbruchs zum Schaden für die Folgezeit und bis in die Gegenwart verspielt habe.

24 Karl Dietrich Erdmann: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 1-19, hier S. 7.

25 Jürgen John: Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR, in: Heinrich August Winkler (Hg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S. 43-84, hier S. 52 u. 81. Vgl. auch Martin Sabrow: Kampfplatz Weimar. DDR-Geschichtsschreibung im Konflikt von Erfahrung, Politik und Wissenschaft, in: Ebd., S. 163-184.

26 Walter Ulbricht: Über den Charakter der Novemberrevolution. Rede in der Kommission zur Vorbereitung der Thesen über die Novemberrevolution, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6 (1958), S. 717-729, hier S. 729.

Diese Auseinandersetzungen sind mittlerweile selbst Geschichte. Seit dem Ende der 1980er Jahre hat die zuvor vehement abgelehnte oder zaghaft verteidigte Novemberrevolution einen solchen Bedeutungsverlust erlitten, dass sie noch vor wenigen Jahren zur »vergessenen Revolution« erklärt werden konnte.²⁷ Mit dem revolutionären Umsturz von 1989/90 in der DDR übernahm das erfolgreiche Aufbegehren gegen die scheinbar festgefügte Staatsmacht einen Teil des Nimbus, den zuvor die Novemberrevolution besonders in der Studentenbewegung seit den rebellischen 1960er Jahren für sich hatte reklamieren können. Zudem ließ die »Fundamentalliberalisierung« der Bundesrepublik in dieser Zeit die politischen und kulturellen Defizite verblassen, die sich im linksliberalen Verständnis auf die steckengebliebene Revolution von 1918/19 zurückführen ließen. Schließlich raubte das Auslaufen der Fortschrittmoderne im Strukturbruch der 1970er Jahre auch dem Topos der Revolution als Lokomotive der Weltgeschichte seine Strahlkraft.

2. *Fragmentiertes Selbstverständnis*

Ein zweiter Grund für das geringe Fortwirken der ersten deutschen Republik wird gemeinhin in ihrer Unfähigkeit zur Selbstdarstellung gesehen. Symbolarm sei die Republik gewesen, die es nicht einmal zu einer einheitlichen Nationalflagge brachte; kraftlos ihr Bekenntnis zur eigenen Leistung, karg und nüchtern das Bildprogramm der Republik, die den Schritt in das visuelle Zeitalter nicht schaffte, sondern im Medium der Schriftlichkeit verharnte.²⁸ Zahllose Beispiele scheinen diese Vermutung zu belegen, und zur Ikone der missglückten Republikinszenierung wurde das berühmt-berüchtigte »Badehosenfoto« in der *Berliner Illustrirten*, das den eben gewählten Reichspräsidenten Friedrich Ebert und seinen Wehrminister Gustav Noske in schlaffer Halbnacktheit überlieferte.

Provokativ hochgehaltene und an Laternen aufgehängte rote Badehosen verspotteten den Reichspräsidenten noch drei Jahre später im Juni 1922 bei einem offiziellen Besuch in München und demonstrierten die unheilvolle Wirkung des Symbolbildes, das Joseph Roth als »das

27 Alexander Gallus (Hg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010.

28 Thomas Mergel: Propaganda in der Kultur des Schauens. Visuelle Politik in der Weimarer Republik, in: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900-1933, München 2007, S. 531-559.

wirkungsvollste, weil pöbelhafteste Argument gegen die Republik« bezeichnete.²⁹

Wie die Akteure, so die Taten: Deutschland war 1919 der erste große Nationalstaat, der mit der Wahl zur Nationalversammlung das allgemeine und gleiche Frauenwahlrecht einführte – die USA, England und Frankreich folgten erst später. Aber der Triumph wurde »in Deutschland mit kühler Selbstverständlichkeit aufgenommen«³⁰; die in der deutschen Presse zum Wahltag zur Nationalversammlung angestellten Betrachtungen widmeten sich *in extenso* der neuen Verfassung³¹ und dem zu erwartenden Wahlausgang; die Erweiterung des Wahlrechts auf Frauen hingegen war keiner der großen deutschen Zeitungen auch nur einen Satz wert. Ebenso nüchtern und beiläufig sprang die Republik mit ihrem verfassungsrechtlichen Gründungsakt um: Kein Foto, einzig ein im thüringischen Schwarzburg eher beiläufig platzierter Gedenkstein, erinnert an diesen in der zeitgenössischen Presse wortlos übergangenen Gründungsakt der deutschen Demokratiegeschichte, der zwei Jahre später zum republikanischen Verfassungstag gekürt, aber nie ein reichsweiter Feiertag wurde.³² Dokumentiert ist nicht einmal der genaue Ort, an dem Ebert und sein nach Schwarzburg gereistes Kabinett die Verfassungsurkunde ratifizierten; gleich zwei Gasthäuser wetteifern heute um die Ehre, Schauplatz dieses staatsrechtlichen Geburtsvorgangs gewesen zu sein.

Aber der Schein trügt. So gedankenlos und schwächlich, wie die Republik im Nachhinein erschien, agierte sie durchaus nicht. Die Verbreitung des Bildes, das Ebert und Noske als würdelos grinsende Badegäste im Ostseewasser von Haffkrug in der Lübecker Bucht vorführte, ging nicht auf ein mangelndes visuelles Verständnis der Porträtierten, sondern auf einen Wortbruch zurück. Ein zufällig vorbeikommender Strandfotograf hatte im Juni 1919 die prominenten Gäste, die einen Besuchstermin im Kindererholungsheim der Hamburger Konsumgenossenschaft »Produktion« an der Ostsee absolvierten, um Erlaubnis für eine arrangierte

29 Walter Mühlhausen: Im Visier der Fotografen. Reichspräsident Friedrich Ebert im Bild, Heidelberg 2009.

30 Hedwig Richter: Wir auch! Vor 100 Jahren erhielten Frauen in Deutschland das Wahlrecht. Das war mehr als eine Revolution, in: Die Zeit, 18.10.2018.

31 Eduard Hellfron: Die neue Reichsverfassung, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 19.1.1919.

32 Das Berliner Tageblatt meldete am 12.8.1919 lediglich, dass die in der Nationalversammlung verabschiedete Reichsverfassung »soeben im Druck erschienen« sei. Zur auch heute nur schwachen Rezeption des Ereignisses in der lokalen und regionalen Erinnerungskultur vgl. Christian Wiesel: Staatsgründung beim Erdbeereis, 7.8.2009, in: Spiegel Geschichte, URL: <http://www.spiegel.de/einestages/90-jahre-weimarer-republik-a-948433.html> [Zugriff am 07.07.2020].



Besuch des Reichspräsidenten Ebert und des Reichswehrministers Noske in Haffkrug zur Eröffnung des Kinderheims der PRO-Stiftung, 1919; v.l. die PRO-Vorstandsmitglieder Julius Müller, Gustav Lehne, Josef Rieger (im Wasser), Henry Everling. Foto: Wilhelm Steffen, Haffkrug.

Aufnahme im Wasser gebeten, die privat bleiben sollte. Dagegen hatte die Gruppe nichts einzuwenden, doch der Fotograf stellte das Bild dann in seinem Atelier aus und verkaufte es. Zuerst in Gänze in einer Berliner Tageszeitung und dann, gezielt beschnitten, am 21. August 1919, dem Tag der Vereidigung Eberts auf die Verfassung, in der *Berliner Illustrierten* veröffentlicht, konnte es seine delegitimierende Wirkung nur entfalten, weil es auf einen Resonanzraum traf, in dem sich die Verächtlichkeit der Republik mit der Weichlichkeit der im Bild festgehaltenen Politikerleiber plausibel untermalen ließ.³³

Im Selbstverständnis Eberts und seines für das Gruppenarrangement verantwortlichen Büroleiters Rudolf Nadolny hingegen dokumentierte das Foto den selbstbewussten Auftritt einer neuen Ordnung, deren Repräsentanten Volkstümlichkeit gegen Zeremoniell und überholtes Badekostüm gegen moderne Badehose getauscht hatten und sich auch

33 »Der ›Kladderadatsch‹ dichtete: ›Heil dir am Badestrand/ Herrscher im Vaterland/ Heil, Ebert, dir!/ Du hast die Badebüx,/ sonst hast du weiter nix/ als deines Leibes Zier,/ Heil, Ebert, dir!‹. Die Zeitschrift ›Satyr‹ verstieg sich in tierische Vergleiche: ›Der Eber freut sich seines Specks. Und ist zufrieden!!!‹ – und stellte Noske als behaarten Affen daneben: Ordenslos, nur nacktes Fell, ohne Hofzeremoniell.« Ulli Kulke: Wie zwei Badehosen zur Staatsaffäre wurden, 18.06.2017. URL: <https://www.morgenpost.de/incoming/article210943501/Wie-zwei-Badehosen-zur-Staats-affaere-wurden.html> [Zugriff am 07.07.2020].

beim Spiel mit Kindern eines Erholungsheims nicht glaubten, verstecken zu müssen. Das Bild belegt in Wirklichkeit nicht republikanische Unbeholfenheit, sondern den Kampf zweier Kulturen, wie er sich nicht anders abspielte, als ein halbes Jahrhundert später Willy Brandt mit dem Kniefall von Warschau zum Befremden seiner Umgebung die Usancen des politischen Comments durchbrach.

Die neue Ordnung setzte gezielt auf Nüchternheit statt auf Dekor. Die von Ebert repräsentierte Republik hatte keinen Platz für Hoffotografen und gestellte Bilder, sondern setzte auf größtmögliche Abgrenzung von der Selbstinszenierung der gestürzten Monarchie – nach dem Medienkaiser Wilhelm II. der Arbeitspräsident Ebert, der dem Credo der rastlosen Pflichterfüllung buchstäblich bis in seinen Tod im Februar 1925 infolge einer verschleppten Appendizitis folgte. Vom ersten Präsidenten der Republik sind anders als vom letzten Kaiser der Hohenzollernmonarchie keine Filmaufnahmen überliefert; aber als ein nicht bestellter Fotograf dem Präsidenten Ebert am Ostseestrand zufällig begegnete, hätte der nicht Nein sagen können, ohne im eigenen Verständnis die Autorität seines Amtes zu beschädigen: Der Präsident einer Demokratie versteckt sich nicht – *form follows function*, auch in der Politik.³⁴ Eine Generation später würde Theodor Heuss an diese Tradition wieder anknüpfen, in der Zwischenzeit aber ein Volksverführer sie hinterlistig durchbrechen: »Das macht ein großer Staatsmann nicht!«, soll der auf das Badehosenfoto angesprochene Hitler gesagt haben. »Wo bliebe die Ehrfurcht vor Napoleon, wenn uns solche Bilder von ihm überliefert wären? Darum bade ich nie im Freien.«³⁵

Mit ihrem Pathos der Nüchternheit unterlag die Republik der suggestiven Bildsprache ihrer Gegner. Aber die Schwäche, die darin zum Ausdruck kam, war nicht Resultat politischer Unentschlossenheit, sondern mangelnder Integrationsbereitschaft der Adressaten.³⁶ Wie hart die Weimarer Politik um eine ihr gemäße Symbolik rang, lehrt die Auseinandersetzung um die Farben der Republik. Eine anschlussfähige Tradition vermochte sie nicht zu stiften, und das Ergebnis war kläglich: Schon die

34 Dieter Dowe (Hg.): Friedrich Ebert 1871-1925. Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten, Bonn 1995, S. 68.

35 Zit. n. Henriette von Schirach (Hg.): Anekdoten um Hitler, Geschichten aus einem halben Jahrhundert, Berg am Starnberger See, S. 109. Vgl. Tobias Ronge: Das Bild des Herrschers in Malerei und Grafik des Nationalsozialismus: Eine Untersuchung zur Ikonografie von Führer- und Funktionärsbildern im Dritten Reich, Münster 2010, S. 31 ff.

36 Vgl. Annegret Heffen: Der Reichskunstwart – Kunstpolitik in den Jahren 1920-1933, 1986, S. 128; Gisbert Laube: Der Reichskunstwart. Geschichte einer Kulturbehörde 1919-1933, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 61 ff.